

PRAXEN NICHT KAPUTTSPAREN!

Liebe Patientinnen und Patienten,

die Bundesregierung hat ein Sparprogramm für die Praxen beschlossen. **Doch die Rechnung geht nicht auf.**

Die Arbeit von uns Ärztinnen und Ärzten, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wird schon heute nicht voll bezahlt. Jetzt sollen den Praxen weitere Milliarden gestrichen werden. Wir können dann nicht einfach weitermachen wie bisher.

Werden die Gelder für Ihre Behandlung so massiv gekürzt, müssen wir unsere Leistungen einschränken.

Nur so können wir unsere Praxen erhalten und langfristig für Sie da sein.

Unsere Forderungen
an die Politik:



Das sogenannte Beitrags-Stabilisierungs-Gesetz ist ein Versorgungs-Kürzungs-Gesetz. Deshalb wehren wir uns dagegen. Bitte unterstützen Sie uns dabei!



Liebe Patientinnen und Patienten,

die Bundesregierung hat ein Sparprogramm für Gesundheit beschlossen. Besonders massiv kürzt sie bei der ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung durch die Praxen – und damit direkt bei den Patientinnen und Patienten.

Unsere Arbeit als niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wird schon heute nicht voll bezahlt. **Jetzt sollen den Praxen weitere Milliarden gestrichen werden – Gelder, die für Ihre Versorgung fehlen.** So werden alle Untersuchungen und Behandlungen „gedeckelt“. Das heißt, die gesetzlichen Krankenkassen finanzieren nur eine begrenzte Menge an Leistungen. Was darüber hinausgeht, wird nicht bezahlt.

Werden wie angekündigt 2,7 Milliarden Euro gekürzt, können wir nicht einfach weitermachen wie bisher. Stattdessen müssen wir unser Angebot einschränken, um langfristig die Versorgung zu stemmen. Konkret können wir deutschlandweit im kommenden Jahr 46 Millionen Behandlungen weniger anbieten, weil sie nicht mehr bezahlt werden.

Für uns ist wichtig: Sie verdienen auch in Zukunft eine gute Behandlung. Wenn die Wartezeiten für Patientinnen und Patienten länger werden oder die Praxis geschlossen bleibt, liegt das nicht daran, dass wir das so wollen. Sondern daran, dass die Politik unsere Möglichkeiten einschränkt, für Sie da zu sein.

Das sogenannte Beitrags-Stabilisierungs-Gesetz ist ein Versorgungs-Kürzungs-Gesetz. Deshalb wehren wir uns dagegen. Bitte unterstützen Sie uns dabei!

Unsere Forderungen
an die Politik:

